

Generalstaatsanwaltschaft Berlin



Generalstaatsanwaltschaft Berlin
Eißholzstraße 30 - 33 • 10781 Berlin

Frau
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Telefon: 90 15 - 27 80
Telefax: 90 15 - 27 27
Vermittlung: (030) 90 15 - 0
Intern: 915
E-Mail: poststelle@gsta.berlin.de
Datum: 21. Mai 2012
Fertigungs-
datum: 23.05.2012

Geschäftszeichen (bitte immer angeben):

161 Ss 100/12

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

in der Strafsache gegen Frau [REDACTED] wegen Körperverletzung - (231 Cs) 3033
PLs 4103/11 (196/11) - übersende ich eine Abschrift meines Antrages, die Revision der An-
geklagten als offensichtlich unbegründet zu verwerfen.


Binnen zwei Wochen können Sie bei dem Strafsenat des Kammergerichts in 10781 Berlin,
Eißholzstraße 30-33, eine schriftliche Gegenerklärung einreichen (§ 349 Abs. 3 Satz 2
StPO).

Hochachtungsvoll

Junicke

Oberstaatsanwalt

Beglaubigt


Justizbeschäftigte

Gk



Generalstaatsanwaltschaft Berlin
Eißholzstraße 30 - 33 • 10781 Berlin

Frau/Herrn Vorsitzende/n
des Strafsenats
des Kammergerichts

Telefon: 90 15 - 27 80
Telefax: 90 15 - 27 27
Vermittlung: (030) 90 15 - 0
intern: 915
E-Mail: poststelle@gsta.berlin.de
Datum: 21. Mai 2012
Fertigungs-
datum: 23.05.2012

Mit 1 Band Strafakten
1 Heft Registermitteilungen
1 Urteilsbeilage

Geschäftszeichen (bitte immer angeben):

161 Ss 100/12

mit dem Antrag übersandt,

die Revision der Angeklagten gegen das Urteil des Amtsgerichts
Tiergarten in Berlin vom 9. Februar 2012 gemäß § 349 Abs. 2 StPO
als offensichtlich unbegründet zu verwerfen.

Das Rechtsmittel, mit welchem die Verletzung formellen und materiellen Rechts gerügt wird,
bleibt ohne Erfolg.

I.

Die von der nach § 138 Abs. 2 Satz 1 StPO zugelassenen gewählten Verteidigerin [REDACTED] -
befugtermaßen (vgl. Meyer-Goßner, StPO, 54. Aufl., § 345 Rdnr. 11) ausgeübte Wahl des
Rechtsmittels als Sprungrevision und deren Begründung ist zulässig, insbesondere innerhalb
der Revisionsbegründungsfrist erfolgt. Da das Urteil am 9. Februar 2012 in (eigenmächtiger)
Abwesenheit der Angeklagten, der Verteidigerin [REDACTED] (Bl. 148 d.A.) und auch des
- ausweislich der Vollmacht nach § 411 Abs. 2 StPO zwar grundsätzlich vertretungsberech-
tigten (Bl. 140 d.A.) - weiteren Wahlverteidigers Rechtsanwalt Stolle (Bl. 145 d.A.) verkündet
worden ist, begann die Wochenfrist zur *Einlegung* eines Rechtsmittels gem. § 341 Abs. 2
StPO erst mit der förmlichen Zustellung des Urteils am 21. März 2012 (Bl. 202 d.A.), an wel-
che sich die weitere Frist von einem Monat zur Anbringung der Revisionsanträge und deren
Begründung *anschloss* (§ 345 Abs. 1 Satz 1 StPO). Die Begründungsfrist beginnt folglich
erst am ersten Tag nach *Ablauf* der Einlegungsfrist und endet im folgenden Monat mit dem

Ablauf des Tages, der durch seine Zahl dem Tag des Fristbeginns entspricht. Dies ist im vorliegenden Fall der 30. April 2012, weil es sich bei dem 29. April 2012 um einen Sonntag gehandelt hat (§ 43 Abs. 2 StPO). Es ist für die Fristberechnung ohne Belang, dass das Rechtsmittel bereits vor Urteilszustellung eingelegt worden ist (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 341 Rdnr. 11 a.E. und § 345 Rdnr. 4). Der am 30. April 2012 eingegangene Schriftsatz wahrt somit die Revisionsbegründungsfrist und die hieran anknüpfende Frist zur Wahrnehmung des Rechtsmittelwahlrechts (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 335 Rdnr. 3; KG, Beschluss vom 14. April 2004 - (3) 1 Ss 335/03 (136/03) -).

Die Sprungrevision der Angeklagten ist vorliegend nach bisheriger Rechtsprechung des Kammergerichts (vgl. KG, Urteil vom 12. August 2005 - (4) 1 Ss 93/04 (91/04) - (in JURIS); insoweit in NJW 2005, 2872 f. sowie NSTz 2005, 693 f. nicht abgedruckt; Beschluss vom 4. September 2000 - (4) 1 Ss 192/00 (101/00) -) abweichend von der hierzu vertretenen Gegenansicht (zum Streitstand vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 335 Rdnrn. 21, 22 sowie OLG Celle, Beschluss vom 8. August 2008 - 31 Ss 20/08 - (in JURIS)) darüber hinaus zudem statthaft, auch wenn wegen der ausgeworfenen Geldstrafe in Höhe von lediglich 15 Tagessätzen eine Berufung der Annahme nach § 313 StPO bedürfte.

II.

Die Verfahrensrügen dringen sämtlichst nicht durch.

- a) Die Rüge der Verletzung des § 408 Abs. 3 StPO kann schon deshalb keinen Erfolg haben, weil nicht der Erlass des Strafbefehls, sondern nur das amtsgerichtliche Urteil Gegenstand der revisionsrechtlichen Überprüfung ist.
- b) Die Rüge der Verletzung der §§ 417, 418 StPO gehen ins Leere, weil es sich um kein beschleunigtes Verfahren im Sinne dieser Vorschriften gehandelt hat.
- c) Soweit die Nichtgewährung von Aktenkopien an die Angeklagte und die Nichtaushändigung der Akte an die Verteidigerin beanstandet wird, kann eine Revision hierauf bereits nicht gestützt werden (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 147 Rdnr. 42).
- d) Die Rüge der Verletzung von § 26 a StPO i.V.m. § 338 Nr. 3 StPO ist schon nicht ordnungsgemäß im Sinne von § 344 Abs. 2 Satz 2 StPO erhoben. Es fehlt bereits an der *vollständigen* Wiedergabe der - selbst nach eigener Bezeichnung - nur auszugs-

weise dargelegten Ablehnungsanträge vom 1. September 2011 und 12. Januar 2012 und des Ablehnungsbeschlusses vom 12. Januar 2012, so dass dem Senat schon die Überprüfung verwehrt ist, ob es sich um einen bereits - verbrauchten - Ablehnungsgrund handelte (vgl. KG NSTZ 1991, 401; Siolek in Löwe-Rosenberg, StPO, 26. Aufl., § 26 a Rdnr. 18). Zudem hätte es auch weiteren Vorbringens zum Verständnis der Rüge bedurft (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 338 Rdnr. 29), wie dem Inhalt der dienstlichen Äußerung des abgelehnten Richters auf das frühere in die „gleiche Richtung“ zielende Ablehnungsgesuch und des daraufhin ergangenen Beschlusses vom 21. September 2011. Ungeachtet dessen wäre die Rüge aber auch unbegründet, da die Annahme der Verschleppungsabsicht angesichts des festgestellten grundsätzlichen Vorbehalts der Angeklagten gegen die bundesdeutsche Justiz (UA S. 3) im Ergebnis nicht zu beanstanden ist (vgl. OLG Koblenz GA 1977, 184).

- e) Soweit mit der Revision die Unzulässigkeit der Abgabe von Stellungnahmen durch Rechtsanwalt Klemke zu Anträgen der Angeklagten vorgebracht wird, erschließt sich nicht, weshalb das angefochtene Urteil hierauf beruhen sollte.
- f) Der Rüge der unzulässigen Zurückweisung von Fragen muss schon deshalb ein Erfolg versagt bleiben, weil sich dem Vorbringen nicht entnehmen lässt, ob insoweit überhaupt eine gerichtliche Entscheidung nach § 238 Abs. 2 StPO herbeigeführt worden ist (vgl. Meyer-Goßner, a.a.O., § 241 Rdnr. 23).
- g) Einen durchgreifenden Verstoß gegen § 261 StPO deckt die Revision ebenfalls nicht auf, denn ausweislich der Urteilsgründe beruhen die Feststellungen zu den Tatfolgen nicht auf nicht ordnungsgemäß eingeführten Urkunden, sondern auf den Angaben der Zeugin [REDACTED] (UA S. 4).
- h) Die Revision hat auch keinen Erfolg, soweit unter Hinweis auf § 38 DRiG und Artikel 6 EMRK ein Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens abgeleitet wird, weil die Strafprozessordnung hinsichtlich der inhaltlich damit letztlich erneut geltend gemachten Befangenheit des Tatrichters bereits Einzelbestimmungen zur Verfügung stellt (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., Einl. Rdnrn. 19, 19a), mit der Revision in diesem Zusammenhang jedoch von entsprechenden Rügen kein Gebrauch gemacht wird.

- i) Die Aufklärungsrüge in Bezug auf das Unterbleiben der Heranziehung von - nicht mehr existenten - Beweismitteln kann keinen Erfolg haben, weil dem Gericht nur die Verpflichtung obliegen kann, noch vorhandene relevante Beweismittel zu beschaffen und zum Gegenstand der gerichtlichen Beweisaufnahme zu machen.
- j) Dem Rechtsmittel bleibt schließlich auch mit der Verfahrensrüge der rechtsfehlerhaften Ablehnung von Beweisanträgen der Erfolg versagt. Ungeachtet des Umstandes, dass die Rüge bereits infolge der fehlenden Wiedergabe des genauen Inhalts der Beweisanträge unzulässig ist, hat das Gericht die Anträge mit Recht nach Maßgabe von § 411 Abs. 2 Satz 2 StPO i.V.m. § 420 Abs. 4 StPO als zur Erforschung der Wahrheit nicht erforderlich abgelehnt (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 420 Rdnr. 10).

III.

Die Sachrügen verhelfen dem Rechtsmittel gleichermaßen nicht zum Erfolg.

Das Rechtsmittel deckt - soweit es nicht in weiten Teilen ohnehin auf unbeachtliches urteilsfremdes Vorbringen abstellt - weder Verstöße gegen Denkgesetze noch gegen die Gesetze der Logik oder der allgemeinen Lebenserfahrung auf, die den Bestand des Urteils gefährden könnten. „Alternativerklärungen“ für das verfahrensgegenständliche Geschehen hätte das Gericht nur dann zwingend erörtern müssen, wenn sich eine solche aufgedrängt hätten, was vorliegend indes nicht der Fall ist. Die Beweiswürdigung zur Glaubwürdigkeit der Zeugin [REDACTED] und zur Glaubhaftigkeit ihrer Angaben sind aus revisionsrechtlicher Sicht nicht zu beanstanden.

Schließlich bleiben auch die Einwände gegen die Adhäsionsentscheidung ohne Erfolg. Insbesondere war eine solche Entscheidung des Strafrichters hier auch zulässig, nachdem es auf den Einspruch gegen den Strafbefehl zur Hauptverhandlung gekommen war (vgl. Meyer-Goßner a.a.O., § 404 Rdnr. 12).

Die sonst noch gebotene Überprüfung auf die Sachrüge deckt ebenfalls keine Rechtsfehler zum Nachteil der Angeklagten auf.

Junicke

Oberstaatsanwalt